



**PENSIONSINSTITUT  
DER ÖSTERREICHISCHEN PRIVATBAHNEN**

An das  
Präsidium des Nationalrates  
Parlament

Anschrift: 1030 Wien, Untere Weißgerberstraße 37

Telefon (0222) 73 34 84

Postscheckkonto 7776.643

1010 W I E N

Nr. 400/V-87-Ri/Pö

Betrifft	GESETZENTWURF
Zi	42 GE 987
Datum:	23. OKT. 1987
Verteilt:	30. Okt. 1987

Wien, am

22.10.1987

Betreff: Bundesministerium für Arbeit und Soziales,  
Zl. 20.044/11-1/1987)  
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das all-  
gemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird  
(44. Novelle zum ASVG)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir beehren uns, beiliegend 30 Ausfertigungen unserer Stellungnahme zum Entwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für ein Bundesgesetz, mit dem das allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird (44. Novelle zum ASVG), zu übermitteln.

Hochachtungsvoll

30 Beilagen

*Hyatt*



*Stellungnahme*



**PENSIONSINSTITUT  
DER ÖSTERREICHISCHEN PRIVATBAHNEN**

---

An das  
Bundesministerium für Arbeit  
und Soziales

Anschrift: 1030 Wien, Untere Weißgerberstraße 37

Telefon (0222) 73 34 84

Postscheckkonto 7776.643

DVR: 0470635

Stubenring 1  
1010 W I E N

Wien, am 22.10.1987

Nr. 395/V-87-Ri/Pö

Betreff: (Zl.20.044/11-1/1987)

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Allge-  
meine Sozialversicherungsgesetz geändert wird  
(44. Novelle zum ASVG)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir beehren uns, zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Allge-  
meine Sozialversicherungsgesetz geändert wird (44. Novelle zum ASVG),  
wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu Artikel I Z. 5 der Ergänzungen zum Entwurf einer 44. Novelle zum  
ASVG:

Das Pensionsinstitut der österreichischen Privatbahnen ist eine öf-  
fentlich-rechtliche Körperschaft und findet seine Rechtsgrundlage im  
§ 479 ASVG. Das Institut zahlt zu den ASVG-Pensionen seiner Versiche-  
rten Zuschußleistungen. Diese Zuschußleistungen werden zur Gänze aus  
Beitragseinnahmen und Vermögenserträgen, also ohne Inanspruchnahme  
von Budgetmitteln, finanziert. Das Beitrags- und Leistungsrecht des  
Institutes ist in der Satzung des Institutes, der Verordnungscharakter  
zukommt, geregelt.

§ 91 Abs. 2 Z. 5. und 6. des Vorschlages bezeichnen Pensionen nach  
Dienst(Pensions)ordnungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften als  
Eigenpensionen, die bei einem Zusammentreffen mit anderen Eigenpensio-  
nen Ruhebestimmungen in Kraft setzen. Unter diesen Pensionen nach  
Dienst(Pensions)ordnungen sind offensichtlich nur Pensionen an ehema-  
lige Dienstnehmer der öffentlich-rechtlichen Körperschaften gemeint.  
Damit nicht fälschlicherweise auch die Satzung des Institutes als  
"Pensionsordnung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft" angese-  
hen werden kann, beantragen wir, den Beginn des Wortlautes der Z. 5.  
und 6. des § 91 Abs. 2 wie folgt zu fassen: "eine Pension nach Dienst  
(Pensions)ordnungen für ehemalige Dienstnehmer öffentlich-rechtlicher  
Körperschaften, die...."

-2-

Die Änderung erscheint uns erforderlich, weil sich der mit diesen Bestimmungen im Zusammenhang stehende § 95 Abs. 1 nur auf Leistungen aus einem Dienstverhältnis bezieht.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unseres Antrages und teilen mit, daß wir 30 Ausfertigungen unserer Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt haben.

Hochachtungsvoll

